

## Die Gewerkschaft der Polizei gegen Billigpolizei im Kreis Soest

Die CDU-NRW will nach den Landtagswahlen 2010 Hilfspolizisten als Fußstreifen, bei Verkehrskontrollen und zum Objektschutz einsetzen. Eine Wachpolizei ist keine neue Idee. Sie gibt es zum Beispiel bereits in Bundesländern wie Hessen und Sachsen. Die Ausbildung dauert zwei Monate.

Die Gewerkschaft der Polizei im Kreis Soest verlangt Verstärkung – aber nicht durch preiswerte „Hilfssheriffs“, wie sie die NRW-CDU ins Gespräch gebracht habe. „Da wo Polizei drauf steht, muss auch Polizei drin sein“, sagt der GdP-Kreisvorsitzende Siegfried Pfenninger. Es könne doch nicht sein, dass ein „Billigpolizist“ bei einer routinemäßigen Verkehrskontrolle zum Beispiel auf einen Schwermittler treffe, der mit seinem Auto Drogen transportiere und bereit sei, von seiner Schusswaffe Gebrauch zu machen. Was solle eine Einsatzkraft mit der Erfahrung aus einem Kurzlehrgang dann machen? „Er könnte im Ernstfall nur die richtige Polizei zur Hilfe rufen“, so Pfenninger.

Die Zahl der Polizistinnen und Polizisten im Kreis Soest werde in den nächsten Jahren zurückgehen. Hinzu komme, dass es auch bei der Polizei Langzeit-Kranke gebe. Auch bei der Polizei gibt es Kolleginnen, die im Schwangerschafts-Urlaub seien. Es gibt Elternzeit sowie Aus- und Weiterbildung.

Wenn in einem Unternehmen zum Beispiel ein Ingenieur langfristig ausfalle, könne beim Arbeitsamt Ersatz besorgt werden. „Bei uns geht das nicht. Es gibt keine ausgebildeten Polizisten auf dem freien Markt“, so der GdP-Vorsitzende. Beunruhigend sei auch die Überalterung der Einsatzkräfte: „Bereits im Jahr 2012 wird die Hälfte der Kolleginnen und Kollegen im Kreis Soest 50 Jahre und älter sein.“ In den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts, als die Bedrohung durch die RAF-Terroristen groß war, seien vermehrt Polizisten eingestellt worden. Die Beamten ständen jetzt kurz vor der Pensionierung.

Die Auftragsbücher der Polizei im Kreis Soest würden immer voller. Um die steigenden Körperverletzungsdelikte zu bekämpfen, seien Personalverschiebungen durchgeführt worden, mit der Konsequenz, dass die Dienstgruppen der Polizeiwachen auf die Mindeststärke reduziert werden mussten. „Die innere Sicherheit des Kreises Soest sei nicht gefährdet, weil die Kolleginnen und Kollegen mit Überstunden und Verzicht auf Regeldienstfrei die angespannte Situation in den Wachen kompensieren würden, dass kann aber kein Dauerzustand werden“, so Pfenninger.

Nach Angaben des Düsseldorfer Innenministeriums müssten in jedem Jahr mindestens 1500 neue Polizeianwärterinnen und -anwärter eingestellt werden.. „Das sind 400 mehr als bislang. Die Landesregierung muss ihre eigenen Zahlen endlich ernst nehmen“, rechnet Siegfried Pfenninger vor.

Eine Billigpolizei sei keine Alternative zur Einstellung von Beamten, die drei Jahre lang ausgebildet werden, um die Sicherheit im Kreis zu gewährleisten. „Der Bürger habe ein Recht darauf, dass die Ordnungshüter „professionell arbeiten“, verlangt der GdP-Vorsitzende.